

Raimund Hasse
Georg Krücken
Fritz W. Scharpf
Zusammengestellt von: Roland Czada, Uwe Schimank

Der „Neue Institutionalismus“

Kurseinheiten 1 und 2

kultur- und
sozialwissenschaften

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Vorwort zum Gesamtkurs

Dies sind die beiden ersten Teile eines Fernstudienkurses über den „Neuen Institutionalismus“ in der Soziologie und in der Politikwissenschaft. Da diese Theorie-richtung in beiden Disziplinen wichtig geworden ist und sogar ein Bindeglied zwischen beiden darstellt, wird dieser Studienbrief auch in der Lehre der Fern-Universität in beiden Fächern eingesetzt.

Raimund Hasse und Georg Krücken widmen sich im ersten Teil dem soziologischen „Neuen Institutionalismus“, wie er in der amerikanischen Organisationssoziologie seit den achtziger Jahren entstanden ist. Dies war zunächst eine Gegenbewegung gegen mikrofundierte Theorieansätze wie Rational Choice und den symbolischen Interaktionismus, die gemäß dem methodologischen Individualismus individuelles Handeln zum Ausgangspunkt von Erklärungen machen. Dagegen setzt der soziologische „Neue Institutionalismus“ eine Erklärungsstrategie, die Handeln in Institutionen und nicht in individuellen Präferenzen und Wahrnehmungen verankert sieht. Der Institutionenbegriff wird dabei weit gefaßt. Normative Regeln des Handelns stehen gar nicht so sehr im Vordergrund des Interesses, sondern kognitive Muster, die den Handelnden und ihrer Handlungswahl institutionell aufgeprägt werden. Diese Perspektive ist in der Folgezeit über den engeren organisationssoziologischen Kontext hinaus zu einer neuen Variante von Modernisierungstheorie ausgebaut worden, mit der weltweite Dynamiken der Verbreitung bestimmter institutioneller Muster von Staat, Wirtschaft, Kultur, aber auch Individualität erfaßt werden.

Im zweiten Teil folgt eine Darstellung des sogenannten „akteurzentrierten Institutionalismus“, der vor allem am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ausgearbeitet und hauptsächlich auf politikwissenschaftliche Fragestellungen angewandt worden ist. Der Autor, Fritz W. Scharpf, veröffentlichte 1995 zusammen mit Renate Mayntz einen ersten Aufsatz, der sich systematisch mit der Zusammenführung von rationalwahltheoretischen Handlungsmodellen und Institutionenanalyse beschäftigte. Dabei gingen sie von der Annahme aus, dass politische Entscheidungen aus Interaktionen zwischen individuellen, kollektiven und korporativen Akteuren hervorgehen, die von dem jeweiligen institutionellen Kontext, in den sie eingebettet sind, beeinflusst werden. Scharpf selbst bezeichnet den Ansatz als ein analytisches Werkzeug für die empirische Policy-Forschung. Eine Besonderheit liegt darin, dass der „akteurzentrierte Institutionalismus“ einen Zusammenhang zwischen der eher problembezogenen Politikfeldanalyse und interaktionsorientierten politischen Prozessanalysen herstellt.

In einem noch folgenden dritten Teil werden wir als Herausgeber schließlich eine Nachbetrachtung anstellen, die den „Neuen Institutionalismus“ auch unter Einbeziehung entsprechender Strömungen in den Wirtschaftswissenschaften in der heutigen Theorienlandschaft verortet sowie zu älteren institutionalistischen Ansätzen in den Sozialwissenschaften in Beziehung setzt, um so Stärken und Schwächen dieser Perspektive einschätzen zu können.

Zwei Hinweise sollten vor einer nur selektiven Beschäftigung mit der Thematik warnen. Zum einen ist die Unterscheidung von älterem und „Neuem Institutionalismus“ nicht umstandslos so zu lesen, daß ersterer völlig überholt und letzterem in allen Belangen der größere Wahrheitsgehalt zuzusprechen sei. Eine Auseinandersetzung mit den Denkfiguren des älteren Institutionalismus lohnt sich nach wie vor. Zum anderen sollte man nicht von der disziplinären Herkunft einer bestimmten Variante des Institutionalismus auf deren entsprechend begrenzte Verwendbarkeit schließen. So können auch Politikwissenschaftler z.B. den soziologischen „Neuen Institutionalismus“ oder den historischen Institutionalismus nutzen, und Soziologen können von Konzepten der Institutionenökonomik oder des bislang hauptsächlich politikwissenschaftlich verwendeten „akteurzentrierten Institutionalismus“ profitieren.

März 2001

Roland Czada/Uwe Schimank

Der "Neue Institutionalismus"

Kurseinheit 1:

Raimund Hasse/Georg Krücken

Der soziologische Neue Institutionalismus **5**

Kurseinheit 2:

Fritz W. Scharpf

Akteure, Institutionen und Interaktionsformen **92**

Inhaltsverzeichnis Kurseinheit 1

	Vorstellung der Autoren	6
1	Einleitung	8
2	Meilensteine	14
2.1	Meyer/Rowan (1977) und DiMaggio/Powell (1983): Von der Bedeutung gesellschaftlicher Mythen zur institutionellen Isomorphie	14
2.2	Zucker (1977): Mikrofundierung und kognitive Wende	18
2.3	Zusammenfassung	23
3	Empirische Studien	25
3.1	Einleitung	25
3.2	Politik	26
3.2.1	Jenseits der Zweck-Mittel-Rationalität: Entscheidungsprozesse in Politik und Verwaltung	27
3.2.2	„world polity“: Die Globalisierung westlicher Kultur- und Strukturmuster	31
3.3	Wirtschaft	36
3.3.1	Jenseits der Effizienz: Zur Legitimität von Wirtschaftsunternehmen	38
3.3.2	Markt- und Wettbewerbsstrukturen in der Wirtschaft	41
4	Theorieentwicklung und –vergleich	46
4.1	Weiterentwicklung und Konsolidierung des Ansatzes	46
4.1.1	Institutionalisierung und De-Institutionalisierung als Prozeß	48
4.1.2	Die aktive Verarbeitung institutioneller Vorgaben	50
4.1.3	Rationale Akteure als Konstruktion - konstitutive Effekte	52
4.2	Soziologische Netzwerkansätze	55
4.2.1	Jenseits von Märkten und Organisationen - Netzwerkstrukturen im Wirtschaftsleben	56
4.2.2	Netzwerk als methodisch-theoretischer Grundbegriff	59
4.3	Aktuelle Strukturtheorien: Giddens und Bourdieu	62
4.3.1	Die Dualität von Struktur - Der Beitrag von Anthony Giddens	64
4.3.2	Habitus und Felder - Der Beitrag von Pierre Bourdieu	67
4.4	Soziologische Systemtheorie: Niklas Luhmann	70
4.4.1	Institution und Institutionalisierung im Vergleich	71
4.4.2	Perspektivendifferenz und Anknüpfungspunkte	73
5	Zusammenfassung und Diskussion	78
	Literaturverzeichnis	82

Vorstellung der Autoren

Georg Krücken, geb. 1962 in Bad Honnef/Rh., Dipl.-Soz., Dr. rer. soc. Studium der Soziologie, Philosophie und Politikwissenschaften an den Universitäten Bielefeld und Bologna, 1989 Diplom, 1996 Promotion (Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld), Promotionsstipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes, 1991 wiss. Mitarbeiter am Centro di Studi sul Rischio, Universität Lecce (Italien), seit 1992 wiss. Mitarbeiter an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, seit 1996 wiss. Assistent an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld. Arbeitsschwerpunkte: soziologischer Neo-Institutionalismus, sozialwissenschaftliche Risiko- und Umweltforschung, Wissenschafts- und Techniksoziologie.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Krohn, W./Krücken, G. (Hrsg.), 1993: Riskante Technologien. Reflexion und Regulation. Einführung in die sozialwissenschaftliche Risikoforschung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hasse, R./Krücken, G., 1996: Was leistet der organisationssoziologische Neo-Institutionalismus? Eine theoretische Auseinandersetzung mit besonderer Berücksichtigung des wissenschaftlichen Wandels. In: Soziale Systeme 96/1: 93-114.

Hiller, P./Krücken, G. (Hrsg.), 1997: Risiko und Regulierung. Soziologische Beiträge zu Technikkontrolle und präventiver Umweltpolitik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Krücken, G., 1997: Risikotransformation. Die politische Regulierung technisch-ökologischer Gefahren in der Risikogesellschaft, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Raimund Hasse, geb. 1962 in Lippstadt, Dipl.-Soz., Dr. rer. soc. Studium der Soziologie und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bielefeld, 1989 Diplom, 1995 Promotion (Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld), 1990-92 wiss. Mitarbeiter an der Universität Bielefeld (Fakultät für Soziologie und Zentrum für interdisziplinäre Forschung), 1992-94 wiss. Angestellter am IGW an der Universität Erlangen-Nürnberg, 1994-95 wiss. Angestellter am Institut für Soziologie, RWTH Aachen, seit 1995 wiss. Assistent am Institut für Soziologie, RWTH Aachen, seit 1998 Research Fellow am Department of Sociology, University of Wisconsin, Madison (USA) im Rahmen eines Forschungsstipendiums der Alexander von Humboldt-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Organisations- und Wirtschaftssoziologie, sozialwissenschaftliche Umwelt- und Risikoforschung, Wissenschafts- und Techniksoziologie.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Hasse, R./Wehner, J., 1997: Vernetzte Kommunikation. Zum Wandel strukturierter Öffentlichkeit. In: Becker, B./Pateau, M. (Hg.): Die Virtualisierung des Sozialen.

Die Informationsgesellschaft zwischen Fragmentierung und Globalisierung. Frankfurt a.M.: Campus, 53-80.

Hasse, R./Krücken, G./Weingart, P., 1994: Laborkonstruktivismus - eine wissenschaftssoziologische Reflexion, in: Rusch, G./Schmidt, S.J. (Hg.), Konstruktivismus und Sozialtheorie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 220-262.

Hasse, R./Japp, K.P., 1997: Dynamik symbolischer Organisationspolitik. Umwelt- und Selbstanpassung als Folgewirkung ökologischer Leistungserwartungen. In: Bierke, M./Burschel, C./Schwarz, M. (Hg.), Handbuch Umweltschutz und Organisation. München: Oldenbourg, 134-162.

Hasse, R., 1996: Organisierte Forschung. Arbeitsteilung, Wettbewerb und Networking in Wissenschaft und Technik. Berlin: Sigma.

1 Einleitung

Wozu ein neuer Institutionalismus in der Soziologie? Stellt Institutionalismus nicht das Synonym für unzeitgemäßes Denken in der Soziologie dar? „Der Begriff der Institution hat eine große Vergangenheit und eine zweifelhafte Zukunft“, heißt es etwa bei Willke (1987: 162). Er bezieht sich in seiner skeptischen Einschätzung vor allem auf klassische Ansätze in der Soziologie (Spencer, Durkheim, Parsons) und auf die deutsche Kulturanthropologie (Gehlen, Scheler, Plessner). Der Institutionenbegriff ist in beiden Theorietraditionen von überragender Bedeutung; und in beiden zeigt sich dem Autor zufolge seine mangelnde analytische Schärfe.

Seit einigen Jahren ist ein neuer Institutionalismus in der Soziologie entstanden, der sich gar nicht auf die deutsche Kulturanthropologie und nur lose auf die soziologische Theorietradition bezieht. Dieser Ansatz, im folgenden von uns als Neo-Institutionalismus bezeichnet, hat seine Ursprünge vielmehr in der US-amerikanischen Organisationsforschung.¹ Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen Fragen der Legitimierung und der gesellschaftlichen Einbettung vorherrschender Grundüberzeugungen rationalen Handelns. Er vereint empirische Studien, in denen Modernisierungsprozesse als ein expansives kulturelles Projekt analysiert werden. Doch was verbirgt sich hinter dem Etikett „soziologischer neuer Institutionalismus“ bzw. „Neo-Institutionalismus“?

Neo-Institutionalismus

Zentrale Frage

Der Begriff der Institution ist zunächst unverfänglich. Er gehört zu den Fachbegriffen innerhalb der Soziologie, die man ohne weiteres auch in anderen Diskussionszusammenhängen verwenden kann. Man läuft bei der Verwendung dieses Begriffs nicht Gefahr, sich dem Vorwurf auszusetzen, man bediene sich einer technokratischen oder esoterischen Ausdrucksweise. In dieser Hinsicht ist der Begriff selbst eine Institution.

In alltagsweltlichen Zusammenhängen betont die Kennzeichnung eines Phänomens als Institution in der Regel, daß es das bezeichnete Phänomen schon sehr lange gibt - insofern ist Tradition ein wichtiger Aspekt der alltagsweltlichen Bedeutung von Institution. Die geläufigsten Beispiele für Institutionen dieses Typs sind die Kirche und die Familie, aber auch alle Arten etablierter Organisationen (Universitäten, Parteien etc.). Ein weiteres Kennzeichen für Institutionen ist: Sie geben bestimmte Verhaltensweisen vor und stehen der Verwirklichung von Alternativen entgegen. Insofern hat die Kennzeichnung eines Sachverhalts als Institution oft einen kritischen Unterton. Institutionen sind vorgegeben, sie ordnen das Miteinander ohne Rücksicht auf die daran Beteiligten und schränken dadurch die Freiheit des einzelnen ein - so die etwas holzschnittartige Wiedergabe der Bedeutung von Institution in vielen nicht-wissenschaftlichen Zusammenhängen.

Institutionen:
alltagsweltliche Bezüge

¹ Hieraus ergibt sich, daß die meisten der in dieser Arbeit verwendeten Zitate im Original englischsprachig sind. Sie wurden von uns übersetzt.

Verwendet man Institution als Fachbegriff in der Soziologie, wird oftmals der verhaltensregulierende Effekt von Institutionen noch stärker hervorgehoben. Insbesondere im Anschluß an Talcott Parsons (1986, 1990) werden Institutionen in die Nähe von verhaltensregulierenden Normen gerückt. So wird betont, daß sich aus Institutionen formalisierte Verhaltensmaßregeln ableiten lassen, deren Nicht-Einhaltung mit Sanktionen bestraft und deren Einhaltung belohnt oder eingefordert werden kann. Beispiele hierfür sind Gesetze oder Dienstsanweisungen, die kodifiziert und den Betroffenen mitgeteilt werden.

Soziale Bedeutung

Institution bei Parsons

Zumindest ein wichtiger Teil der fachwissenschaftlichen Diskussion betont darüber hinaus und im Anschluß an Berger/Luckmann (1967) die Bedeutung weniger formalisierter Regulative sozialen Handelns. Gemeint sind Sitten, Routinen und Gewohnheiten, von denen oftmals angenommen wird, daß sie im Verlaufe von Sozialisationsprozessen internalisiert worden sind. Auch sie gelten als fest verankert, obwohl man eher Irritation als Bestrafung auslöst, wenn man sich nicht an sie hält. Hierfür gibt es sowohl triviale (man kann auf die Frage „wie geht's?“ gar nicht oder sehr ausführlich antworten) als auch eher drastische Beispiele (man kann im August Schokoladenhasen unter lamettageschmückten Nadelbäumen verzehren). Dieser Typus nicht-formaler Institutionen läßt sich auch daran illustrieren, daß es die Erwartung gibt, Silvester etwas besonderes zu unternehmen oder hin und wieder Urlaub zu machen (was zuweilen für Studierende ein finanzielles und für Managerinnen und Manager ein zeitliches Problem darstellen mag).

Nicht-formale Institutionen

Unabhängig vom Formalisierungsgrad institutioneller Vorgaben wird unterstellt, daß man weiß, wie man sich zu verhalten hat. Institutionen lassen sich deshalb allgemein als übergreifende Erwartungsstrukturen definieren, die darüber bestimmen, was angemessenes Handeln und Entscheiden ist. Damit Institutionen wirken können, müssen die Beteiligten allerdings um diese Erwartungen wissen, und sie müssen annehmen, daß auch andere mit diesen Erwartungen vertraut sind.

Allgemeine Definition „Institution“

Institutionen in diesem erweiterten Sinn prägen die Verhaltensweisen einzelner Gesellschaftsmitglieder und regulieren hierdurch das gesellschaftliche Miteinander. Dabei wird betont, daß Institutionen nicht nur einschränken, sondern bestimmte Verhaltensweisen erst ermöglichen: Nur weil man sich beispielsweise darauf verlassen kann, daß sich andere an die wichtigsten Verkehrsregeln halten, kann man sich im Straßenverkehr einigermaßen sicher fortbewegen; erst durch diesen Schutz hat man die Freiheit, von A nach B zu gelangen. Ebenfalls, und das ist für eine soziologische Perspektive wenig überraschend, sind derartige Prozesse der gesellschaftlichen Abstimmung und Ordnungsbildung nicht unbedingt und ausschließlich problematisch. Im Gegenteil: Sie sind oftmals Lösungen für Probleme, die sich ansonsten einstellen würden, und können dadurch Folgeprobleme verursachen, die nach neuen Lösungen verlangen - so jedenfalls die klassische Fassung bei Helmut Schelsky (1970).²

2 Ein - von Schelsky allerdings noch nicht vorgesehenes - Beispiel hierfür ist die Institution der Ehe und die auf die damit verbundenen Problemen bezogene Institution der Scheidung sowie

Soviel zur soziologischen Bedeutung von Institutionen. Als Institutionalismus kann man insgesamt diejenigen Ansätze bezeichnen, die sich mit der Untersuchung von Institutionen beschäftigen und dabei annehmen, daß Institutionen wichtig sind, um soziales Handeln und Prozesse der Gesellschaftsentwicklung zu verstehen. Sofern Soziologinnen und Soziologen nur in Ausnahmefällen für individuelle Phänomene und einzelne Situationen annehmen, daß sie nicht oder nur unwesentlich durch übergreifende Normen, Gewohnheiten und andere institutionelle Vorgaben strukturiert sind, kann man behaupten, daß es bei diesem Fach genau um die Analyse der Entwicklung, Funktion und Wirkungsweise von Institutionen geht. Und tatsächlich war dies das Forschungsprogramm, mit dem Emile Durkheim das Fach vor mehr als hundert Jahren begründete: Soziologie galt ihm als „Wissenschaft von den Institutionen“ (Durkheim 1980: 100).

Institutionalismus

Wenngleich nicht in dieser Totalität, so haben sich doch seit jeher auch wichtige Vertreter der Wirtschaftswissenschaften an zentraler Stelle diesem Thema zugewandt. Ihnen gemeinsam war die auf Max Weber (1972) zurückführbare Überzeugung, daß sich die Entfaltung von wirtschaftlichem Erfolg institutionellen Umständen verdankt. Entsprechend wurden rechtliche und organisatorische Strukturen, aber auch jeweils kennzeichnende Gewohnheiten und Sitten zur Erklärung wirtschaftlicher Phänomene herangezogen. Als wichtige Vertreter dieses klassischen Institutionalismus gelten zum Beispiel Thorstein Veblen, Joseph A. Schumpeter und Karl Polanyi, aber auch Ronald H. Coase und John R. Commons (Hodgson 1994: 58 ff.).

Theoretisch betrachtet, verloren sich die von diesen Autoren präsentierten Beschreibungen zuweilen in einzelnen Details und ihrer historischen Herleitung. Insbesondere wurden das „set“ der zu berücksichtigenden Variablen und deren Beziehung zueinander eher situativ als allgemeinverbindlich bestimmt. In den Wirtschaftswissenschaften war es folglich eine grundlegende Kritik an den zuvor genannten Institutionalisten, daß man mit einer derartigen Vorgehensweise strengen methodischen und theoretischen Ansprüchen nicht genügen konnte. Diese Kritik führte dazu, daß „wissenschaftlich härtere“ Ansätze (insbesondere der Mikroökonomie und zum Teil des Behaviorismus) Zentrum und Spitze der Disziplin für sich beanspruchten. Der Institutionalismus galt fortan eher als historisch ausgerichtetes und zuweilen gesellschaftspolitisch inspiriertes Genre, dem es an Theoriedynamik und vor allem an Modellierbarkeit mangelte.

Ungeachtet dieser Kritik und ungeachtet der reduzierten Wertschätzung, die mit dem Etikett „Institutionalismus“ lange Zeit verbunden waren, finden sich seit den 70er Jahren unterschiedliche Beiträge, die unter der Sammelbezeichnung „Neue institutionelle Ökonomie“ geführt werden. Diesen Beiträgen ist gemeinsam, daß sie wieder die Bedeutung institutioneller Faktoren zur Erklärung wirtschaftlicher Phänomene herausstellen und entsprechend Institutionen zum Thema ihrer Forschung machen. Das Präfix „Neu“ hat in diesem Zusammenhang vor allem die Bedeutung, nicht mit den historischen Vorläufern in den Wirtschaftswissenschaften

„Neue institutionelle Ökonomie“

wiederum auf damit einhergehende Probleme (etwa für die Kinder) bezogene Institutionen des Sorgerechts.

ten gleichgesetzt zu werden. Von ihnen unterscheidet sich die „Neue institutionelle Ökonomie“ dadurch, daß mikroökonomische Argumentationsweisen und behavioristische Einsichten eine wichtige Rolle spielen (vgl. Williamson 1975; North 1988).

Auch die Soziologie durchlebte eine Phase der Institutionalismus-Kritik, wenngleich im Einzelfall nicht immer klar ist, auf wen sie sich bezieht und ob sie den Kritisierten in jedem Fall gerecht wird.³ Jedenfalls gerät Institutionalismus durch diese Kritik zum Sammelbegriff für eine auf Normen, Funktionen und Sozialisationsprozesse fixierte Sichtweise, die weder einzelnen noch der Gesellschaft große Entfaltungsmöglichkeiten einräumt und deshalb eine problematische Art soziologischen Denkens darstellt (Gouldner 1974). Diese Kritik ist vor allem im Kontext der US-amerikanischen Soziologie zu sehen, die sich ab den 60er Jahren zunehmend von der bis dahin alles überragenden Theorie Talcott Parsons' abwandte. Sie wurde anfangs insbesondere von behavioristischer (Homans 1961) und konfliktsoziologischer (Dahrendorf 1967) Seite vorgetragen und im Anschluß hieran von mikrosoziologischer Seite vertieft (Garfinkel 1967; Boudon 1980). Institutionalistisches Denken wird hier nachhaltig als altbackenes und geradezu programmatisch verklärtes Unternehmen in Frage gestellt wird. Es lohnt sich, noch einmal stichwortartig an die Vorwürfe zu erinnern. Was waren also die Standardevinwände?

Institutionalismus-Kritik
in der Soziologie

1. Institutionalistische Ansätze konzentrieren sich auf Handlungsprägungen, die sich aus formalen Strukturen herleiten. Hieraus ergibt sich eine Überbetonung der Bedeutung von Vorschriften, seien sie rechtlicher oder organisatorischer Natur. Vernachlässigt werden damit andere Vorgaben, seien sie traditioneller oder lokal-situativer Natur.
2. Institutionalistische Ansätze stellen sich die Welt als vollkommen geregelt vor und vernachlässigen die Einsicht, daß sich nicht alles durch Vorgaben regeln läßt. Sie beschäftigen sich nicht mit strategischen Handlungsorientierungen, die auf Präferenzen und Nutzenkalküle der Akteure bezogen sind.
3. Institutionalistische Ansätze nehmen an, daß Normen im Regelfall bereitwillig entsprochen wird - sei es, weil es aufgrund von Sanktionen, die mit der Abweichung von Normen verbunden sind, keine aussichtsreichen Alternativen gibt, sei es, weil aufgrund von Sozialisationsprozessen diese Normen internalisiert sind, so daß die Betroffenen ohnehin nichts anderes wollen als diesen Normen zu entsprechen.
4. Institutionalistische Ansätze suchen nach den Wirkungen institutioneller Faktoren. Sie tendieren dazu, diesen Institutionen eine positive Funktion zuzuschreiben - zumeist in bezug auf das gesellschaftliche Miteinander (indem integrative Funktionen herausgestellt werden), zuweilen sogar in bezug auf Individuen (indem Institutionen als Instanzen der Bedürfnisbefriedigung aufgewertet werden).

³ Eine solide und unpolemische Darstellung der Geschichte des Institutionalismus in der Soziologie findet sich demgegenüber in Schülein (1987).

5. Indem institutionalistische Ansätze ausschließlich die Wirkung von Vorgaben thematisieren, vergessen sie die Frage ihrer Entstehung. Sie erachten Vorgaben als gegeben und vernachlässigen den wichtigen Aspekt des Wandels. Institutioneller Wandel, sofern er überhaupt zur Sprache kommt, wird als zielgerichtetes Projekt einer Höherentwicklung menschlicher Gesellschaften interpretiert, so daß Wandlungsprozesse nur als evolutionärer Fortschritt denkbar sind.

Diese Standardeinwände sind, unabhängig davon, inwiefern sie den Klassikern im Einzelfall gerecht werden, so umfassend, daß sich die Position des soziologischen Neuen Institutionalismus zu diesen Standardeinwänden als erste Zusammenfassung des Ansatzes nutzen läßt. Als Ergebnis erhält man ungefähr folgende Darstellung zentraler Annahmen und Positionen:⁴

Soziologischer Neuer
Institutionalismus

1. Formale Vorgaben in Form expliziter Vorschriften sind ein wichtiges Handlungsregulativ; sie stellen aber nicht das einzige Regulativ dar. In vielen Gesellschaftsbereichen sind unhinterfragte Traditionen, Ideale und Grundüberzeugungen ein ebenso wichtiger Faktor zur Erklärung bestimmter Verhaltensweisen und Entwicklungen.
2. Ungeachtet der Vielzahl institutioneller Vorgaben verbleiben Freiräume für Entscheidungen, insbesondere auf der Ebene praktischen Handelns. Wie diese Freiräume gegenüber einzelnen Vorgaben genutzt werden, ist aber weder willkürlich noch ausschließlich auf Präferenzen und Nutzenkalküle zurückzuführen. Handlungsanleitungen ergeben sich oftmals aus anderen Vorgaben wie Routinen und Angemessenheitskriterien, die von den Handelnden berücksichtigt werden.
3. Normen werden nicht immer eingehalten - oftmals stehen ihnen die Orientierungen der Akteure entgegen. Zudem können Normen mit anderen institutionellen Vorgaben disharmonieren. Es ist vor allem die Vielzahl gesellschaftlicher Erwartungszusammenhänge, die das schlichte Schema von Norm und Abweichung unterläuft. In vielen Situationen sind verschiedene und zuweilen unvereinbare Erwartungsstrukturen zu berücksichtigen. Man kann es dann gar nicht allen recht machen und muß gegenüber einzelnen Vorgaben auf Distanz gehen.
4. Institutionelle Vorgaben zeitigen oft überraschende und zuweilen auch vernachlässigungswerte Effekte auf der Ebene praktischen Handelns. Institutionen haben deshalb nicht unbedingt positive Funktionen, jedenfalls nicht für die unmittelbar Betroffenen. Eine Funktionsbestimmung im Hinblick auf die Gesamtgesellschaft liegt in jedem Fall weit außerhalb des Forschungsprogramms.
5. Die Frage des Wandels von Institutionen ist ein wichtiges Thema. Es geht aber nicht ausschließlich um deren Genese. Ebenso wenig wird Institutionalisierung als zielgerichtetes Projekt verstanden. Statt dessen wird eine Prozeßperspekti-

4 Vgl. hierzu nur im Vorgriff auf die folgenden Kapitel den von Powell/DiMaggio (1991) herausgegebenen Sammelband, in dem auch die von uns in Kapitel 2 vorgestellten „Meilensteine“ wiederabgedruckt sind, sowie Scott (1995).

ve eingenommen, derzufolge es aussichtsreich ist, zwischen Graden der Institutionalisiertheit zu unterscheiden. Dabei scheint die Frage, wie aus nicht institutionalisierten Handlungs- und Entscheidungskontexten Institutionen entstehen, unglücklich gestellt - geht diese Frage doch von einem institutionellen Vakuum aus, in dem alles gleichermaßen möglich ist. Institutioneller Wandel sowie die Genese und Erosion institutioneller Erwartungsstrukturen ereignet sich vielmehr vor dem Hintergrund anderer Erwartungsstrukturen.

Die Auseinandersetzung mit dem Institutionalismus in der allgemeinen Soziologie und den dagegen vorgebrachten Standardeinwänden blieb im Neo-Institutionalismus allerdings lange Zeit peripher. Von wenigen Ausnahmen wie Zucker (1977) abgesehen, wurde die Standortbestimmung vielmehr im Rahmen der Organisationsforschung gesucht. Der dort vorherrschenden Effizienzperspektive wurde ein auf Fragen der Legitimität ausgerichtetes Forschungsprogramm gegenübergestellt (Scott 1983; DiMaggio/Powell 1983). Hierbei bezog man sich ebenfalls und zum Teil recht kritisch auf die Arbeiten von Philip Selznick, einem Parsons-Schüler, der - theoriegeschichtlich betrachtet, recht früh - die Dynamik mikropolitischer Konflikte im Inneren formaler Organisationen herausgearbeitet hatte (Selznick 1949, 1957). Selznick wurde im Nachhinein als Begründer der institutionalistischen Organisationsforschung identifiziert.⁵ Darüber hinaus diente die „Neue institutionelle Ökonomie“ und ihre Präferenz für Erklärungen rationaler Wahl der Konturierung eines eigenständigen Forschungsprogramms. Dabei wurde die im Rahmen der „Neuen institutionellen Ökonomie“ vorherrschende Annahme nutzenorientierten Handelns mit Verweis auf die Bedeutung von Routinen, Angemessenheitsorientierungen und Umwelterwartungen hinterfragt (Scott 1995; DiMaggio/Powell 1991).

Bei der folgenden Einführung in den Neo-Institutionalismus verzichten wir auf eine systematische Abgleichung mit seinen soziologischen Vorläufern und der „Neuen institutionellen Ökonomie“. Ebenfalls werden wir mit Bezügen zur Organisationsforschung sparsam umgehen, obwohl deutlich werden wird, daß Organisationen als Absender und Adressaten von Institutionalierungsprozessen von herausragender Bedeutung sind. Die damit gewonnenen Freiräume werden für eine Darstellung der Grundlagen (Kapitel 2), der Anwendungsfelder und Ergebnisse empirischer Forschung (Kapitel 3) sowie für eine Diskussion der zum Teil noch nicht ausgeschöpften Bezugsmöglichkeiten zu aktuellen Theorieentwicklungen in der Soziologie (Kapitel 4) genutzt. Der soziologische neue Institutionalismus, so läßt sich durch diesen Gang der Darstellung herausarbeiten, offeriert wichtige Anregungen für empirische Forschungen und für eine Weiterentwicklung des soziologischen Denkens.

5 Wenngleich übrigens Selznick selbst den Neo-Institutionalismus als Weiterentwicklung des von ihm begründeten Forschungsprogramms stilisiert (Selznick 1996), konstatieren in bemerkenswerter Übereinstimmung sowohl Neo-Institutionalisten als auch Kritiker des Neo-Institutionalismus einen Traditionsbruch (den sie freilich sehr unterschiedlich bewerten). Vgl. hierzu DiMaggio/Powell (1991: 12 ff.) auf der einen sowie Stinchcombe (1997) auf der anderen Seite.